

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 18/2847 –

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll Nr. 15 vom 24. Juni 2013
zur Änderung der Konvention
zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

A. Problem

Auch nach Inkrafttreten des Protokolls Nr. 14 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Änderung des Kontrollsystems der Konvention (BGBl. 2006 II S. 138, 139; 2010 II S. 1196) bleibt die Arbeitsbelastung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kritisch hoch. Mit dem Protokoll Nr. 15 werden einige der auf der Konferenz von Brighton am 19. und 20. April 2012 zwischen den Vertragsstaaten vereinbarten Änderungen der Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten umgesetzt, die zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte beitragen sollen.

Der Gesetzentwurf zielt darauf, die innerstaatlichen Voraussetzungen für die Ratifikation des Protokolls Nr. 15 zu schaffen.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Weitere Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/2847 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 5. November 2014

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Renate Künast
Vorsitzende

Dr. Patrick Sensburg
Berichtersteller

Dirk Wiese
Berichtersteller

Harald Petzold (Havelland)
Berichtersteller

Katja Keul
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Patrick Sensburg, Dirk Wiese, Harald Petzold (Havelland) und Katja Keul

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 18/2847** in seiner 60. Sitzung am 16. Oktober 2014 beraten und an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 18/2847 in seiner 18. Sitzung am 5. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der **Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung** hat sich in seiner 8. Sitzung am 24. September 2014 mit der Vorlage auf Drucksache 18/2847 (BR-Drs. 399/14) befasst und festgestellt, dass eine Nachhaltigkeitsrelevanz des Gesetzentwurfs kaum bzw. nur geringfügig gegeben sei.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat die Vorlage auf Drucksache 18/2847 in seiner 30. Sitzung am 5. November 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., den Gesetzentwurf anzunehmen.

Berlin, den 5. November 2014

Dr. Patrick Sensburg
Berichtersteller

Dirk Wiese
Berichtersteller

Harald Petzold (Havelland)
Berichtersteller

Katja Keul
Berichterstellerin

